

Atomkraft - Nein Danke!



48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Gremium: KV Warendorf
Beschlussdatum: 25.08.2022
Tagesordnungspunkt: ES Sichere Energieversorgung für den Winter

Antragstext

- 1 Bündnis 90 / Die Grünen lehnen eine Laufzeitverlängerung der drei noch in Betrieb
- 2 befindlichen Atomkraftwerke Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim über den 31.12.2022 hinaus
- 3 ab.

Begründung

Der am 30.06.2011 vom Bundestag mit einer Mehrheit von 513 von 600 Stimmen beschlossene Atomausstieg regelte nicht nur den Ausstieg aus einer Risiko-Technologie, sondern sollte eine Beschleunigung der Energiewende anstoßen. Angesichts des Wirtschaftskriegs mit Russland wird nun jedoch deutlich, dass der Ausstieg zwar wie geplant umgesetzt wird, die Energiewende jedoch in der Regierungszeit von Angela Merkel blockiert wurde.

Um die Energieversorgung in Deutschland sicherzustellen, hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) bereits im Frühjahr 2022 geprüft, ob und welchen Beitrag ein Weiterbetrieb der letzten drei verbliebenen AKW über den 31. Dezember 2022 hinaus leisten könnte. Dazu schreibt das BMUV:

"Das Ergebnis dieser Prüfung ist eindeutig: Der Beitrag einer AKW-Laufzeitverlängerung zur Energieversorgung wäre sehr begrenzt. Diesem geringen Beitrag stehen nicht nur eine Reihe praktischer Probleme gegenüber, sondern auch verfassungsrechtliche Schwierigkeiten und Aspekte der Sicherheit für Mensch und Umwelt. Ein Weiterbetrieb der drei verbliebenen AKW könnte, wenn überhaupt, nur erfolgen, wenn Abstriche bei der Sicherheit in Kauf genommen würden.

In der Abwägung von Vor- und Nachteilen ist daher das Ergebnis eindeutig: Eine Laufzeitverlängerung kann nicht empfohlen werden." [1]

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung BASE hat einen Weiterbetrieb der drei Atomkraftwerke ebenfalls abgelehnt. Neben der Sicherheit von Atomkraftwerken müsse auch die Entsorgung der radioaktiven Abfälle betrachtet werden. In beiden Fällen wären die gesamtgesellschaftlichen Kosten für einen Weiterbetrieb der Anlagen erheblich. Der mühsam errungene gesellschaftliche Konsens würde auch grundsätzlich infrage gestellt. [2]

Die letzten drei Atomkraftwerke in Deutschland liefern im Durchschnitt insgesamt ca. 30 TWh pro Jahr, das sind ca. 5% der deutschen Stromproduktion [3]. Bei einer Laufzeitverlängerung würde vor allem Strom aus Kohlekraftwerken ersetzt. In der aktuellen Gaskrise wäre somit über eine Laufzeitverlängerung kaum ein Beitrag zur Erhöhung der Unabhängigkeit von russischen Gasimporten zu leisten.

[1] Homepage BMUV; Fragen und Antworten zur AKW-Laufzeitverlängerung, Stand 27.08.2022:
<https://www.bmuv.de/themen/atomenergie-strahlenschutz/nukleare-sicherheit/faq-akw-laufzeitverlaengerung>

[2] Homepage BASE; Stellungnahme des BASE-Präsidenten: Eine Frage der Sicherheit, Stand 27.08.2022: <https://www.base.bund.de/SharedDocs/Stellungnahmen/BASE/DE/2022/base-stellungnahme-koenig-sicherheit-laufzeitverlaengerung.html>

[3] BMWK/BMUV, Prüfung des Weiterbetriebs von Atomkraftwerken aufgrund des Ukraine-Kriegs, 7. März 2022:

https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/P-R/pruefvermerk-laufzeitverlaengerung-atomkraftwerke.pdf?__blob=publicationFile&v=6